

Eingeleitet und herausgegeben von
Heribert Schwan | Rolf Steininger

Mein 9. November 1989

Artemis & Winkler

Bildnachweis:

Bild 1 und 2: © National Archives II, College Park, Maryland

Bild 3 und 22: © Ronald Reagan Presidential Library, Simi Valley, California

Bild 4, 17 und 21: © George H. W. Bush Presidential Library, College Station, Texas

Bild 5, 6, 7, 12, 16 und 20: © Bundesbildstelle, Berlin

Bild 8, 9, 10, 11, 13, 14, 15, 18 und 19: © Privat

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2009 Patmos Verlag GmbH & Co. KG

Artemis & Winkler, Düsseldorf

Alle Rechte vorbehalten.

Autorenfotos Umschlagklappe: © Privat

Umschlaggestaltung: Gabriele Burde, Berlin

Printed in Germany

ISBN 978-3-538-07277-0

www.patmos.de

INHALT

Einleitung	7
Interviews	19
Hans Apel	20
Jacques Attali	24
Egon Bahr	29
Raymond Barre	33
Gerhart Rudolf Baum	35
Kurt Biedenkopf	40
Marianne Birthler	48
Norbert Blüm	76
Eberhard Diepgen	81
Klaus von Dohnanyi	94
Heinz Dürr	96
Björn Engholm	103
Erhard Eppler	105
Valentin M. Falin	108
Anke Fuchs	110
Joachim Gauck	117
Michail S. Gorbatschow	138
Hans-Olaf Henkel	146
Fritz Himmelreich	153
Burkhard Hirsch	157
Hans-Ulrich Klose	164
Jurij A. Kwizinskij	174
Norman Lamont	180
Lothar de Maizière	182
Hans Matthöfer	210
Markus Meckel	212

Klaus Murmann	244
Friedrich Nowottny	246
Karl-Otto Pöhl	252
Jürgen Rüttgers	262
Nikolai I. Ryschkow	274
Günter Schabowski	280
Wolfgang Schäuble	287
Eduard Schewardnadse	300
Friedrich Schorlemmer	305
Richard Schröder	325
Christian Schwarz-Schilling	345
Brent Scowcroft	347
Rudolf Seiters	351
Lothar Späth	361
Dieter Spethmann	374
Franz Steinkühler	378
Wolfgang Thierse	381
Klaus Töpfer	410
Hans-Jochen Vogel	411
Zeittafel	414
Literaturhinweise	418
Personenregister	420

EINLEITUNG

Es war die Nacht vom 9. auf den 10. November 1989, die für Deutsche in Ost und West zur »Nacht der Nächte« wurde. In Hamburg sang der ehemalige Finanz- und Verteidigungsminister Hans Apel den Choral: »Wach auf, wach auf, du deutsches Land, du hast genug geschlafen. Bedenk, was Gott an dich gewandt, wozu er dich erschaffen.« In Bonn stimmten die Abgeordneten des Bundestages die dritte Strophe des Deutschlandliedes an, und in Berlin weinte Marianne Birthler, die spätere Bundesbeauftragte für die Aufarbeitung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, als sie zum ersten Mal in ihrem Leben im Westteil der Stadt war. Sie erinnerte sich später: »Es war so, als würde man einen Menschen, den man mag, zum ersten Mal auch von einer anderen Seite sehen, also einmal um ihn herumgehen dürfen. Endlich konnte ich diese Stadt, in der ich ja zu Hause war, auch von der anderen Seite sehen.«

Es waren die zwei Worte, »sofort« und »unverzüglich«, die diese Nacht eingeleitet hatten und am Ende die Mauer in Berlin nach 28 Jahren zum Einsturz brachten. An jenem Abend versetzte das Mitglied des Politbüros der SED, Günter Schabowski, im Pressezentrum in der Ost-Berliner Mohrenstraße vor laufenden Fernsehkameras der SED-Herrschaft den Gnadenstoß. Es war ein historischer Moment. Am Ende einer routinemäßig verlaufenen Pressekonferenz, die live im DDR-Fernsehen übertragen wurde, erkundigte sich der italienische Korrespondent Riccardo Ehrmann kurz vor 19.00 Uhr nach dem Entwurf für das neue DDR-Reisegesetz. Was dann kam, ist inzwischen oft im Fernsehen gezeigt worden. Schabowski wühlte in seinen Papieren und dann fielen jene zwei Wörter. Von diesem Moment an war nicht mehr das DDR-Fernsehen entscheidend, sondern die Berichterstattung in den westdeutschen Medien, in Rundfunk und Fernsehen, die

von den DDR-Bewohnern verfolgt wurde und der man mehr glaubte als den eigenen Medien. Tausende Ost-Berliner machten sich auf den Weg zur Mauer, um zu sehen, was dort geschah. Die Grenzsicherungsorgane vor Ort wurden völlig überrascht und blieben zunächst ohne Befehle. Dann kam doch noch eine Order. Besonders auffällig auftretende Personen sollte man ausreisen lassen – mit einem Stempel im Pass, der bedeutete: keine Wiedereinreise. Dies wussten freilich nur die Grenzer, aber es war zu spät für neue Repressalien.

Fassungslos und von der ahnungs- und hilflosen Führung im Stich gelassen, wichen die Grenzsicherungsorgane den Massen. Was sie jahrelang gesichert hatten, war nicht mehr. Und dann trafen sie eine kluge Entscheidung: Genau um 23.14 Uhr stellten sie in der Bornholmer Straße alle Kontrollen ein. »Wir fluten jetzt!«, kündigte der leitende Offizier der Passkontrolle an. Dann wurden die Schlagbäume geöffnet: Abertausende strömten von Ost- nach West-Berlin, wo sich unbeschreibliche Freudenszenen abspielten. Das meistgebrauchte Wort in jener Nacht war »Wahnsinn«. Es war eine historische Nacht, die man im Fernsehen mit bewegtem Herzen und emotional aufgewühlt verfolgen konnte. Etwas Unglaubliches, Unfassbares war geschehen. Nach 28 Jahren war die Mauer gefallen. Wie konnte es, so fragten sich nicht nur die SED-Funktionäre später, dazu kommen?

Das Ende der DDR hat eine lange Vorgeschichte, die im Grunde schon mit der Gründung dieses Staates beginnt. Das Scheitern war systemimmanent. Das wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, was die SED-Genossen von demokratischen Rechten und Freiheiten hielten. Nämlich wenig bis gar nichts. Wie anders ist zum Beispiel ein Satz von Gerhard Eisler, dem Leiter der Hauptabteilung Information in der sowjetischen Besatzungszone, zu interpretieren, der am 4. Oktober 1949, drei Tage vor Gründung der DDR, in einer Sitzung der SED-Führung Folgendes sagte: »Wenn wir eine Regierung gründen, geben wir sie niemals wieder auf, weder durch Wahlen noch andere Methoden.« Der starke Mann und stellvertretende Vorsitzende der Sozialistischen Einheitspartei, Walter Ulbricht, stimmte zu und ergänzte: »Das haben einige noch nicht verstanden!« Die SED-Führung strebte von Anfang an eine Diktatur volksdemokratischen Typs an, einen von ihr auf

Dauer dominierten Staat, der faktisch ein Ein-Parteien-Staat wurde. 1952 proklamierte Walter Ulbricht dann den »planmäßigen Aufbau des Sozialismus«. Damit wurde eine Phase des revolutionären Umwandlungsprozesses eingeleitet. Das hieß verschärfter Klassenkampf, völlige Umgestaltung der Justiz, Verstaatlichung der Industrie, Kollektivierung der Landwirtschaft. Es wurden reihenweise Maßnahmen durchgeführt, die den Alltag veränderten. Als Anfang 1953 die Arbeitsnormen bei gleichem Lohn erhöht wurden, kam es zur Explosion der angestauten Wut und zum ersten Aufstand im Ostblock gegen die kommunistische Führung und gegen ein Regime, das durch nichts anderes legitimiert war als durch die sowjetische Besatzungsmacht. Es waren denn auch sowjetische Panzer, die im Juni 1953 die Helfershelfer der Sowjets, die SED-Genossen, retteten. Der Aufstand wurde niedergewalzt. Rufe nach freien Wahlen und Wiedervereinigung verhallten ungehört. Der 17. Juni 1953 wurde zur unvollendeten Revolution mit Langzeitwirkung; er nahm in der DDR mythische Dimensionen an. Das Datum geisterte durch die Angstträume der Funktionäre bis zum letzten Tag ihrer Herrschaft am 18. März 1990, dem Tag der ersten freien Wahlen in der DDR.

Die SED-Führung wusste spätestens seit 1953, dass sie gegen das Volk regierte und dass sie in demokratischen Wahlen hinweggefegt worden wäre. Sie betrieb von nun an eine Politik, die mit einem Auge auf die Bundesrepublik, mit dem anderen auf den 17. Juni schielte. Der einzige Garant für den Machterhalt blieb die Sowjetunion, die die SED-Genossen mit dem Bau der Mauer am 13. August 1961 zum zweiten Mal rettete. Mit dem Bau der Mauer wurde das »Schlupfloch« West-Berlin geschlossen. Flucht war fortan nur noch unter Lebensgefahr möglich. Die Menschen in der DDR mussten sich irgendwie einrichten. Für selbständig Denkende gab es dabei schon bald keinen Lebens- und Wirkungsraum mehr. Hoffnungen auf Reformen wurden 1965 mit dem kulturpolitischen Kahlschlag auf dem XI. Plenum des Zentralkomitees der SED enttäuscht.

In den 70er und 80er Jahren ging in der DDR alles seinen, wie es hieß, »sozialistischen« Gang, wobei die Kluft zwischen Theorie und Praxis stetig wuchs. Die »Ostpolitik« der sozialliberalen Koalition

unter Willy Brandt und Walter Scheel führte zur Anerkennung der DDR. 1971 erfolgte der Wechsel an der Spitze der SED von Walter Ulbricht zu Erich Honecker. Der Preis bestand in der bedingungslosen Anpassung Honeckers an die Linie der KPdSU. Das betraf die Deutschlandpolitik, vor allem aber auch die Wirtschaftspolitik. Die alten Dogmen der politischen Ökonomie Stalins erlebten eine Wiedergeburt, es folgte die Beseitigung der letzten privaten Betriebe. Damit verbunden war die sogenannte »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« in der DDR. Diese auf dem IX. Parteitag der SED 1976 verkündete Losung hörte sich zwar gut an, konnte aber in der Praxis nicht durchgehalten werden. Sie überstieg die tatsächlichen Möglichkeiten der DDR-Wirtschaft um ein Vielfaches. Dennoch hielt die SED-Führung daran fest: Sie fürchtete den Unmut der Bürger über nicht gewährte Verbesserungen mehr als die finanziellen und wirtschaftlichen Folgen einer ökonomisch nicht fundierten Verbesserung des Lebensstandards. Es war diese Politik, die schließlich in den Ruin führte. Bei all diesen Überlegungen war der 17. Juni 1953 eben nicht vergessen, und man konnte sich ja, so glaubte man, auf die Sowjetunion verlassen. Als Walter Ulbrichts Sturz vorbereitet wurde, traf Leonid Breschnew am 28. Juni 1970 Erich Honecker in Moskau und machte ihm mit seltener Offenheit klar, was aus seiner Sicht »Partnerschaft im Bruderbund« bedeutete: »Wir haben doch Truppen bei euch. Erich, ich sage dir offen, vergiss das nie: Die DDR kann ohne uns, ohne die Sowjetunion, ihre Macht und Stärke, nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR.« Mit anderen Worten: Solange es die Sowjetunion geben würde, würde es auch eine DDR geben.

Doch dann kam es ausgerechnet in der Sowjetunion zu folgenschweren Veränderungen. 1985 wurde Michail Gorbatschow Parteichef. Es begann eine neue Ära in der Sowjetunion und damit auch in den internationalen Beziehungen. Gorbatschow leitete die Reformpolitik der »Perestroika« ein, während die DDR-Führung zur Reform weder bereit noch fähig war. Zur Sicherung ihrer Macht blieb sie fest entschlossen, jeden Anflug von Opposition im Keim zu ersticken. Die Staatssicherheit war allgegenwärtig. Zum Sammelpunkt für kritische Geister wurden mehr und mehr die evangelischen Gemeinden, eine

Entwicklung, die in den 80er Jahren immer stärker wurde und die sich im Laufe des Jahres 1989 dramatisch zuspitzte.

Es begann mit den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989. Gegen Mitternacht verkündete der Vorsitzende der zentralen Wahlkommission, Egon Krenz, im Fernsehen das offizielle Endergebnis: 98,89 Prozent für die Kandidaten der Nationalen Front – den Zusammenschluss der fünf zugelassenen Parteien unter Führung der SED sowie der Massenorganisationen und -verbände – bei einer Wahlbeteiligung von 98,77 Prozent. Für Erich Honecker war dies wieder einmal ein »eindrucksvolles Bekenntnis zu der auf Frieden und Sozialismus gerichteten Politik der SED«. Alles schien so abzulaufen wie in den vergangenen vierzig Jahren, in denen die Wahlen häufig manipuliert worden waren.

Etwas allerdings war anders. Erstmals in der Geschichte der DDR waren nämlich Vertreter verschiedener Oppositionsgruppen bei der Auszählung der Stimmen dabei und stellten massive Fälschungen fest. Es sollte die letzte »99-Prozent-Volkswahl« in der Geschichte der DDR gewesen sein. Die Oppositionsgruppen riefen nun für jeden 7. des Monats zu einer Protestkundgebung zur Erinnerung an die Wahlfälschung auf. Der Anfang vom Ende der DDR hatte erkennbar begonnen, auch wenn die SED-Führung in vollkommener Verblendung nicht einmal ansatzweise die Zeichen der Zeit erkannte. Im Sommer 1989 fassten immer mehr Bürger den Entschluss, ihr Land zu verlassen. Es gab 120 000 Anträge auf Ausreise in die Bundesrepublik, die zumeist verweigert wurde. Von denen, die nicht ausreisen konnten, suchten etliche Zuflucht in der Ständigen Vertretung Bonns in Ost-Berlin und in westdeutschen Botschaften in Warschau, Budapest und Prag. Als Ungarn seine Grenzen zu Österreich in der Nacht vom 10. auf den 11. September 1989 öffnete, nutzten binnen 24 Stunden etwa 10 000 DDR-Bürger die Fluchtmöglichkeit in den Westen; bis Ende September waren es bereits 32 500.

Inzwischen füllten sich die bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau mit DDR-Flüchtlingen. In Prag kletterten die Menschen über den Zaun auf das Gelände der Botschaft. Ende September 1989 befanden sich dort mehrere tausend Flüchtlinge. In dieser Zeit verhandelte Außenminister Hans-Dietrich Genscher am Rande der

UNO-Vollversammlung in New York mit seinem DDR-Kollegen Oskar Fischer über eine Lösung für die DDR-Flüchtlinge, was nach Rücksprache mit dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse auch gelang. Am 30. September flog Genscher in Begleitung von Minister Rudolf Seiters, der seinerseits mit Ost-Berlin die Einzelheiten der Ausreise vereinbart hatte, nach Prag. Vom Balkon der Botschaft konnte Genscher dann den Flüchtlingen jenen Satz mitteilen, auf den alle gewartet hatten: »Wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise ...« Der Rest ging im Jubel der DDR-Bürger unter. Verriegelte Sonderzüge brachten die Flüchtlinge über das Gebiet der DDR in die Bundesrepublik. Gleise und Bahnhöfe in der DDR waren geräumt worden, damit keine Menschen aufspringen konnten. In Dresden kam es vor dem Hauptbahnhof zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und rund 3000 Menschen. Mit dem Umweg durch die DDR sollte die Souveränität der DDR und ihre Verfügungsgewalt über die Flüchtlinge demonstriert werden.

In dieser angespannten Situation liefen die Vorbereitungen für die Feiern zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung dennoch wie geplant. Ehrengast war Michail Gorbatschow, der abseits des offiziellen Geschehens deutliche Worte fand. Dabei soll der inzwischen berühmte Satz gefallen sein: »Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.« Als Gorbatschow wieder zum Flughafen fuhr, schlugen die Antiterrorereinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit zu. Mit unglaublicher Härte gingen sie gegen die 15 000 bis 20 000 am Alexanderplatz versammelten Menschen vor. Zwei Tage später, am 9. Oktober 1989, kam in Leipzig der Moment der Entscheidung. 70 000 Menschen demonstrierten unter dem Motto »Wir sind das Volk – keine Gewalt« für Demokratie und eine Umgestaltung der DDR. Dann ging es Schlag auf Schlag: Am 17. Oktober wurde Erich Honecker abgesetzt, Egon Krenz wurde sein Nachfolger. Unterdessen gingen die Demonstrationen in der Republik weiter. Allein in der Woche vom 23. bis 30. Oktober zählte der DDR-Geheimdienst über 130 Veranstaltungen mit insgesamt etwa einer halben Million Teilnehmer. Am 4. November 1989, einem Samstag, kam es zur größten Demonstration in der Geschichte der DDR: Eine Million

Menschen forderten auf dem Alexanderplatz freie Wahlen, Meinungsfreiheit, die Abschaffung des Machtmonopols der SED, den Rücktritt der Regierung und die Zulassung von Oppositionsgruppen. Am selben Tag gab es auch in anderen Städten Demonstrationen. Zwei Tage später, am 6. November 1989, kamen eine halbe Million Demonstranten in Leipzig zusammen, in Dresden 70 000, in Magdeburg Zehntausende, 60 000 in Halle, 50 000 in Karl-Marx-Stadt und 25 000 in Schwerin. Am 8. November, Mittwoch, begann eine dreitägige Tagung des Zentralkomitees der SED. Es klingt fast wie ein Treppenwitz der Geschichte, dass das ZK das Schicksal der DDR dabei eher beiläufig selbst besiegelte. Es stimmte dem von Egon Krenz vorgeschlagenen Reisegesetz zu, ohne auch nur zu ahnen, dass einige Stunden später aufgrund eines Missverständnisses bei der Verkündung dieses Gesetzes durch Günter Schabowski die Mauer fallen würde. Niemand ahnte damals, dass Deutschland knapp elf Monate später wiedervereinigt sein würde.

Der Fall der Mauer war ein historisches Ereignis. Die deutsche Frage wurde über Nacht wieder zu einem großen Thema der internationalen Politik, wenn auch niemand so recht wusste, wie es weitergehen würde. Es galt, die Initiative zu ergreifen und der Entwicklung eine klare Richtung hin zur deutschen Einheit zu geben. Bundeskanzler Helmut Kohl war sich sicher, dass vor allem die Bewohner der DDR auf eine solche Initiative warteten – und sie musste von Bonn kommen. Er packte die Gelegenheit beim Schopf und wurde so zum souveränen und überaus zielstrebigem Lenker der deutschen Einigung. Auf dem Weg zur Wiedervereinigung kam es in den folgenden Wochen und Monaten zu einer ganz und gar erstaunlichen deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit: Kein Telefonat mit Gorbatschow, das Helmut Kohl nicht umgehend mit dem amerikanischen Präsidenten George Bush besprochen hätte, kein amerikanisch-sowjetischer Gipfel, den Bush nicht mit dem deutschen Kanzler vor- und nachbesprach. Und wenn es nicht anders ging, wartete auf dem Moskauer Flughafen der amerikanische Botschafter mit einem Brief für den Bundeskanzler. Kohl versicherte Bush bei jeder Begegnung, bei jedem Telefonat und in jedem Brief die Bündnistreue der Deutschen als Grundvoraussetzung für die

Wiedervereinigung: Auch das vereinigte Deutschland sollte Mitglied der NATO bleiben. Das war eine wichtige Grundlage für das Einvernehmen mit Washington und für die engagierten Bemühungen der Amerikaner, die Wiedervereinigung voranzutreiben.

Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg war der viel zitierte Zehn-Punkte-Plan von Helmut Kohl, den er am 28. November 1989 im Bundestag vortrug und in dem er jene Schritte nannte, die am Ende zur Einheit führen könnten. Zu diesen gehörten auch »konföderierte Strukturen« zwischen den beiden Staaten mit dem Ziel einer Föderation. Mit Nachdruck betonte er: »*Wie* ein wiedervereinigtes Deutschland schließlich aussehen wird, das weiß heute niemand. *Dass* aber die Einheit kommen wird, wenn die Menschen in Deutschland sie wollen, dessen bin ich sicher.« Das war eine klare Botschaft.

Weder die Alliierten noch die Mitglieder der Bundesregierung waren vorher unterrichtet worden – mit einer Ausnahme: US-Präsident George Bush. Kohls Brief erreichte ihn allerdings erst am Abend der Verkündung des Plans. Davon überrascht und ohne jegliche Hintergrundinformation, stellte sich Bush dennoch mit grenzenlosem Vertrauen sofort öffentlich hinter den Kanzler. Dieser Vorgang verdeutlichte einmal mehr den engen und einzigartigen Schulterschluss von Amerikanern und Deutschen im Einigungsprozess. Aus amerikanischer Sicht wurde die deutsche Wiedervereinigung zu einer Sternstunde der eigenen Diplomatie, weil die politischen Hauptakteure in Washington und Bonn durch geschicktes und rasches Handeln den Gegnern der Einheit, die lange Zeit in Moskau und Paris und durchgehend in London saßen, keine Chance ließen. Moskau fühlte sich vom Zehn-Punkte-Plan Kohls überrumpelt und wollte eine solche Entwicklung unter keinen Umständen mitmachen. Noch Anfang Dezember 1989 sprach Gorbatschow vom Urteil der Geschichte – und das hieß: zwei deutsche Staaten. Die Entwicklung ging dann beinahe über ihn hinweg. Kohl hatte die Initiative übernommen und gab sie in den folgenden Wochen und Monaten nicht mehr aus der Hand – ohne Rücksicht auf die zahlreichen »Bedenkenträger«, die es in erster Linie bei der SPD gab. Insbesondere Oskar Lafontaine, der 1990 Kanzlerkandidat war, blieb skeptisch.

Inzwischen skandierten Hunderttausende DDR-Bürger bei ihren Demonstrationen: »Wir sind *ein Volk!*« Für Helmut Kohl wurde sein Besuch in Dresden und seine Rede vor der Ruine der Frauenkirche am 19. Dezember 1989 zu einem Schlüsselerlebnis auf dem Weg zur Einheit. Er setzte jetzt definitiv auf die Wiedervereinigung. Von da an ging es Schlag auf Schlag. Im Januar 1990 kam es zum Kurswechsel in Moskau. Dort setzte sich nun die Überzeugung durch, dass die deutsche Einheit schon allein aus wirtschaftlichen Gründen unvermeidbar sein würde. Die neue Lage wurde auch beim Besuch von DDR-Ministerpräsident Hans Modrow am 30. Januar 1990 in Moskau deutlich. Als Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher am 10. Februar 1990 nach Moskau kamen, war die Grundsatzentscheidung bereits gefallen. In dem Gespräch zwischen Gorbatschow und Kohl am 10. Februar gab Gorbatschow grünes Licht für die Vereinigung. Gorbatschow selbst hatte wohl keine andere Wahl. Sein Land steckte in einer tiefen Finanz- und Wirtschaftskrise, der Ostblock fiel auseinander. Dagegen befand sich Bonn in einer Position außerordentlicher wirtschaftlicher und politischer Stärke. Der Kreml konnte nur von Bonn Hilfe erwarten.

Für die weitere Entwicklung wurde dann der Ausgang der Volkskammerwahlen am 18. März 1990 entscheidend. Die »Allianz für Deutschland«, ein Zusammenschluss von Ost-CDU und konservativen kleinen Parteien, war eindeutiger Sieger: Lothar de Maizière (CDU) bildete eine Koalitionsregierung mit der SPD. Als Ziel der Koalition wurde genannt: Wohlstand und soziale Gerechtigkeit für alle Bürger der DDR zur Sicherung von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen. Die Einheit Deutschlands sollte nach Verhandlungen mit der Bundesrepublik auf der Grundlage des Artikels 23 des Grundgesetzes verwirklicht werden. Die gleichzeitige Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der Bundesrepublik zum 1. Juli 1990 wurde als eine der »wichtigsten Aufgaben« bezeichnet. Die Umstellung der Löhne und Gehälter sollte im Verhältnis 1:1 erfolgen, die volkseigenen Betriebe sollten entflochten und in eine geeignete Rechtsform überführt werden.

Die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion stand für die Bundesregierung in einem unauflösbaren Zusammenhang mit dem

Abbau des Sozialismus und der Einführung der Marktwirtschaft in der noch existierenden DDR. Der Vertrag über die Wirtschafts- und Währungsunion trat am 1. Juli 1990 in Kraft. Bereits in der Nacht zuvor warteten rund 10 000 Menschen in Ost-Berlin darauf, dass die Filiale der Deutschen Bank am Alexanderplatz als Erstes von insgesamt 15 000 Geldinstituten DDR-Mark in D-Mark umtauschte. Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion machte an jenem Tag nur deutlich, was schon lange Realität war. Wirtschaftswunder und »blühende Landschaften«, die Bundeskanzler Helmut Kohl versprochen hatte, blieben zwar aus, Tatsache war aber eben auch, dass es eine ernsthafte Alternative zu dieser Politik damals nicht gab.

Am 23. August 1990 folgte der nächste Schritt: Die DDR-Volkskammer entschied sich für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990. Der Vertrag trat am 31. August in Kraft. Parallel zu den innenpolitischen Entscheidungen wurde die Wiedervereinigung außenpolitisch in den sogenannten »Zwei-plus-Vier-Verhandlungen« abgesichert. Der Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, der »Zwei-plus-Vier-Vertrag«, wurde am 12. September 1990 in Moskau unterzeichnet. Damit wurde die Souveränität Deutschlands ohne jede Einschränkung wiederhergestellt. Im Einvernehmen mit den vier Mächten konnten die beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990 ihre staatliche Vereinigung vollziehen.

An jenem Mittwoch um Mitternacht wurde vor dem Reichstagsgebäude die bundesdeutsche Flagge feierlich aufgezogen. Die DDR hatte aufgehört zu existieren und wurde Teil der Bundesrepublik Deutschland. Auf dem Platz der Republik vor dem Reichstag nahmen Hunderttausende an diesem Ereignis teil. In seiner Fernsehansprache sprach Helmut Kohl von einer schwierigen Bewährungsprobe und bat alle Deutschen: »Erweisen wir uns der gemeinsamen Feiern würdig.« Ein beispielloser Vorgang war nach elf Monaten erfolgreich zu Ende gebracht worden. Helmut Kohl war sich dessen wohl am ehesten bewusst. Er meinte später: »Alles hätte auch anders kommen können.«

Fast zwanzig Jahre sind seit dem Fall der Berliner Mauer vergangen. Die Bundesrepublik feiert 2009 ihren 60. Geburtstag. Wir haben in den

vergangenen Jahren Interviews mit jenen Akteuren aus dem In- und Ausland geführt, die diese Republik maßgeblich mitgestaltet haben. Diese Interviews sind die Grundlage für dieses Buch. In ihnen werden die Entwicklung bis zum 9. November 1989 und die elf Monate bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 noch einmal lebendig – so wie die Akteure diese Zeit erlebt haben.

In den vergangenen zwanzig Jahren ist Normalität eingetreten. Die dramatischen Ereignisse von damals scheinen vergessen oder verklärt zu werden. Die jüngeren Deutschen können sich weder an die Mauer noch an die DDR erinnern, die ein Irrweg der deutschen Geschichte war, grau, trist und muffig, kleinbürgerlich, repressiv und perspektivlos. Darüber sollten auch die Schwierigkeiten, die im Gefolge der Wiedervereinigung auftraten, nicht hinwegtäuschen. Daran muss immer wieder erinnert werden. Und auch daran, dass der 9. November 1989, der Tag, an dem die Mauer fiel, ein Glücksfall der Geschichte und ein glücklicher Tag in der Geschichte der Deutschen bleibt.

Heribert Schwan
Rolf Steininger

INTERVIEWS

HANS APEL

Geb. 1932 in Hamburg-Barmbek, studiert 1954–1960 Wirtschaftswissenschaften in Hamburg, ist Mitglied im SDS, tritt 1955 der SPD bei, 1958–1961 Sekretär der sozialistischen Fraktion im Europaparlament, 1962 dort Abteilungsleiter. 1965 Mitglied des Bundestages, unter Bundeskanzler Helmut Schmidt 1974–1978 Finanzminister, 1978–1982 Verteidigungsminister, ab März 1983 bis 1985 sowie 1987/88 stellvertretender Fraktionsvorsitzender, ab Dezember 1990 in mehreren ostdeutschen Unternehmen tätig.

Helmut Kohl. Wie würden Sie ihn beschreiben?

Helmut Kohl war ein witziger Typ. Der konnte lachen, auch über sich selber. Aber er war eiskalt, und er hatte Machtstrukturen im Kopf. Ich hatte nicht das Gefühl, dass da viel mehr war außer so einer dumpfen, katholischen Soziallehre. Das hat man dann ja auch in Brüssel gemerkt. Das Prinzip Subsidiarität, das jetzt sogar in den Verträgen steht in Brüssel, ist eindeutig eine Kohl'sche Erfindung, die aus der katholischen Soziallehre kommt. Aber er war natürlich nach Helmut Schmidt ein ganz anderer Kanzler, aus meiner Sicht nicht einmal ein intellektueller Abklatsch, aber sehr erfolgreich. Wie er die deutsche Einheit aufgegriffen hat, das war eindrucksvoll – Hut ab!

Stichwort blühende Landschaften. Wie beurteilen Sie den Umtausch DDR-Mark in D-Mark im Verhältnis 1:1?

Erstens war es gar nicht anders zu machen. Ich bin ja 1991 an drei verschiedenen Standorten tätig gewesen als Treuhandaufsichtsrats-Vorsitzender, und das verlangte meine permanente Präsenz. Das war nicht so

wie heute. Denn wir bekamen ja auch gar keine Reise von irgendwo her. Alles andere wäre nicht gegangen.

Die Fehler wurden hinterher gemacht. In der Lausitz zum Beispiel bei der Braunkohle: 1991 43 Prozent Tariferhöhung, 1992 46 Prozent Tariferhöhung. Da war die Wettbewerbsfähigkeit weg.

Es gibt aus dem November 1990 oder auch ein bisschen später ein Sondergutachten des Sachverständigenrates zur deutschen Einheit. Ich zitiere das immer, wenn ich darüber rede. Das passiert ja immer seltener. Da steht drin: Wenn es gut läuft, werden wir schon im Jahr 1991 in Ostdeutschland die Wende haben. Begründung: hoch qualifizierte Facharbeiter, die im Westen fehlten, hoch qualifizierte Industriestrukturen. Natürlich gibt es Anpassungsprobleme, aber, aber ... Es wird gut gehen. Wenn das die Fünf Weisen schreiben, also der Sachverständigenrat, was erwarten Sie eigentlich von Bundeskanzler Kohl? Soll er das nicht aufgreifen und von blühenden Landschaften sprechen? Die Argumentation und die Polemik gegen Kohl sind aus heutiger Sicht falsch. Er konnte sich abstützen auf die Experten. Die Pferdefüße haben wir erst sehr viel später gesehen.

Was halten Sie vom Vertrag zur deutschen Einheit?

Ob er schlecht ist, weiß ich nicht. Wir haben auf jeden Fall bei der Gelegenheit verpasst, unsere grundgesetzliche Ordnung gründlich zu überarbeiten. Das habe ich damals gehofft. Alles, was wir jetzt krampfhaft mit Föderalismusreform versuchen, was wir debattieren in der Finanzstruktur des föderalen Staates bis hin auch zur Frage plebiszitärer Elemente, ist damals verspielt worden. Damals wurde gesagt, das lassen wir so. Basta. Das war nicht nur psychologisch ziemlich unklug, sondern auch in der Sache wohl falsch.

Kohl und die deutsche Einheit?

Ich glaube, er hat gar nichts falsch gemacht. Er hat sich einfach, um es mal salopp zu sagen, um eine Reihe von Einwänden, die ja insbesondere aus Paris und aus London kamen, nicht gekümmert. Denen hat er

zehn Punkte hingeschoben nach der Melodie, seid mal ruhig. Das historische Bewusstsein dieses Mannes hat ihn dazu gebracht zu erkennen, denk ich, dass die deutsche Einheit eh kommt. Da war etwas losgebrochen in der Grundströmung. Der andere Staat war ja pleite, wie wir heute wissen. Deswegen gab es ja auch kaum Widerstand. Das habe ich dann ja als Treuhandaufsichtsrats-Vorsitzender bei mehreren Unternehmen erlebt. Da war immer noch das Vorbeten der Ideologie und dahinter nur ein tiefes, schwarzes Loch, ausgefüllt mit sozialistischem Egoismus. Das hat er begriffen. Und der andere, Lafontaine, der war durch und durch Ideologe und meinte, wenn er erklärt, dass die nächste Flut nicht kommen wird, dann kommt sie auch nicht. Sie kam aber, und damit war er im Bierverschiss ... Und ich füge hinzu: Gott sei Dank.

Welche Verdienste hat Kohl an der deutschen Einheit?

Wenn man als Politiker in dieser Art dachte, dann dachte man natürlich aus der Historie heraus. Und man sah nun, die deutsche Einheit würde kommen, in der einen oder anderen Weise, ob als gemeinsamer Staat oder als Konföderation – wie auch immer. Mir war klar, am Ende wird die Einheit stehen. Da musste man damit rechnen, dass die Sowjetunion sagt: »Aber nicht das gesamte deutsche Territorium kann NATO-Gebiet werden. Eigentlich müsst ihr Westdeutschen, wenn ihr vereint sein wollt, raus aus der NATO.« Also alles das, was wir jahrzehntelang immer wieder gehört hatten, auch in den 50er Jahren, aus den Vorschlägen der Sowjetunion. Das kam ja auch zuerst.

Kohl hat das, wie auch immer, vom Tisch gebracht. Er hat Milliarden aufgewandt, um sogar 1994 den Abzug der sowjetischen Streitkräfte festzusetzen. Ich glaube, das ist eine großartige Leistung. Alles andere hat er auch ziemlich richtig gemacht. Das ist das eigentlich Bemerkenswerte, weswegen Helmut Kohl mit Sicherheit in den Geschichtsbüchern landen wird.

Welche Rolle spielten Bush und Gorbatschow?